



Herrn
Dr. Stephan Articus
Deutscher Städtetag
Hauptgeschäftsstelle Berlin
Straße des 17. Juni 112
10623 Berlin

Mülheim an der Ruhr, den 16.11.2010

Sehr geehrter Herr Dr. Articus,

weil man bekanntlich das Eisen schmieden muss, solange es heiß ist, suchen meine Kolleginnen und Kollegen Oberbürgermeister, Landräte und Kämmerer vom parteiübergreifenden Aktionsbündnis „Raus aus den Schulden/Für die Würde unserer Städte“ weiterhin den engen Schulterschluss mit dem Deutschen Städtetag und den anderen kommunalen Spitzenverbänden.

Unter dem Eindruck der von uns durchgesetzten und aus unserer Sicht sehr ermutigenden Sondersitzung des Landtages Nordrhein-Westfalen am 29. Oktober zur dramatischen kommunalen Finanznot und der intensiven Gespräche, die wir am 5. November während einer von uns organisierten Bustour durch Teile des Ruhrgebietes und des Bergischen Landes mit den kommunalpolitischen Sprechern der Bundestagsfraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke geführt haben, sind wir davon überzeugt, dass wir gerade in diesen Wochen und Monaten keinesfalls davon ablassen dürfen, weiterhin massiv politischen Druck auf die Bundespolitik auszuüben. Und zwar nach unserem bewährten Motto „Kooperation statt Eskalation“.

Da nach wie vor viele Bundestagsabgeordnete – „weit weg“ in der Hauptstadt – die wirkliche Situation in den Kommunen nicht wirklich zur Kenntnis nehmen (wollen), obwohl sich die kommunale Finanznot zu einer Staats- und Gesellschaftskrise auszuweiten droht, wollen wir in den nächsten Wochen versuchen, im Bundestag Zugang zu den Fraktionssitzungen zu finden und außerdem ein parteiübergreifendes Treffen der NRW-Bundestagsabgeordneten zu arrangieren. Es wäre hilfreich, wenn Sie uns in dieser Forderung unterstützen würden.

Eine Reihe von Kolleginnen und Kollegen unseres Aktionsbündnisses engagiert sich sehr aktiv auch in den Gremien des Deutschen Städtetages. Sie werden dort gern über ihre Erfahrungen berichten, die sie während unserer Kampagne gewonnen haben.

Wir empfehlen, den Schwerpunkt unserer kommunalen Argumentation gegenüber dem Bund eindeutig auf die Forderung zu konzentrieren, sich der vom Land angekündigten Unterstützung für die Kommunen – als Hilfe zur Selbsthilfe – anzuschließen.

Vorrangig ist dabei eindeutig die Betrachtung der Ausgabenseite und nicht die Verlagerung der Diskussion auf die Einnahmeseite. Ohne eine höhere Kostenbeteiligung des Bundes bei den Kosten der Unterkunft wird es nicht zu einer hinreichenden Entlastung in den durch die hohe Arbeitslosigkeit belasteten Städten kommen. Dies gilt unabhängig von der zwischenzeitlich vom Bundesfinanzminister in Aussicht gestellten Übernahme der Finanzierung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

Im Hinblick auf die Einnahmeseite ist die Zusage des Finanzministers, dass die Gewerbesteuer als wichtigste Steuer der Städte bis auf weiteres weder abgeschafft noch geschwächt werden soll, äußerst positiv zu bewerten. Damit berücksichtigt er eine zentrale Forderungen der Städte und setzt seine Zusage um, keine Reform gegen den Willen der Kommunen vorzunehmen.

Die aktuellen Überlegungen von Herrn Dr. Schäuble zur Einführung einer kommunalen Einkommensteuer lehnen wir jedoch ab. Hierdurch könnten die Steuersätze je nach Kommune stark variieren und in der Summe wären damit für die Bürgerinnen und Bürger abhängig vom Wohnort unterschiedlich hohe Gesamtbelastungen möglich.

Insbesondere die heute schon strukturell benachteiligten Städte und Kreise unseres Aktionsbündnisses würden hierdurch in einen ruinösen Wettbewerb gedrängt, den sie nicht gewinnen können. Wir wären vor dem Hintergrund der Finanzsituation und der vorzuhaltenden Infrastruktur gezwungen, hohe Hebesätze auf die Einkommensteuer zu realisieren. Dies birgt die Gefahr, dass „besserverdienende“ Bürgerinnen und Bürger in den so genannten „Speckgürtel“ abwandern. Die Spaltung zwischen wohlhabenden und finanziell angeschlagenen Gemeinden würde weiter vorangetrieben. Dies muss in jedem Fall verhindert werden!

Mit freundlichen Grüßen

Ihre



D a g m a r M ü h l e n f e l d

Oberbürgermeisterin der Stadt Mülheim an der Ruhr
und Sprecherin des Aktionsbündnisses „Raus aus den Schulden“

Aktionsbündnis „Raus aus den Schulden“

Um die vor dem finanziellen Aus stehenden Kommunen vor dem endgültigen Absturz zu bewahren und die Lebensqualität für die Bürger zu sichern, haben sich Städte und Kreise des Ruhrgebietes und des Bergischen Landes zu einem Aktionsbündnis "Raus aus den Schulden/Für die Würde unserer Städte" zusammengeschlossen. Um Hilfe zur Selbsthilfe von Land und Bund zu erhalten, werben sie gemeinsam mit einer Reihe von Aktionen um die Unterstützung ihrer Bürger. Dem Aktionsbündnis gehören an: Bochum, Bottrop, Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Gladbeck, Hagen, Hamm, Herne, Leverkusen, Mülheim an der Ruhr, Mönchengladbach, Oberhausen, Recklinghausen, Remscheid, Solingen, Wesel, Witten und Wuppertal sowie die Kreise Ennepe-Ruhr, Recklinghausen, Unna und Wesel. Die Ziele des Bündnisses werden außerdem von den Landräten weiterer Mitglieder der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Bergisches Land e. V. unterstützt: Kreis Mettmann, Rheinisch-Bergischer Kreis, Oberbergischer Kreis.